

DER Rotspecht

Eine Zeitung des **SPD** Ortsvereins Sailauf (www.spd-sailauf.de) Ausgabe 01/2004

Herzliche Weihnachtsgrüße



und alle guten Wünsche
für das neue Jahr 2005.

Wie können wir unsere guten Wünsche besser zum Ausdruck bringen, als in der Hoffnung, dass

Menschlichkeit und Friede

dem herrschenden Unverstand, dem Terror, der Ausbeutung und dem sich mehrenden Elend in unserer Welt überlegen sind, damit für unsere kommenden Generationen sich

Sinn und Wert unseres Daseins

nicht nur erhalten, sondern auch weiter festigen.

Ihr SPD Ortsverein Sailauf
und Ihre SPD - Gemeinderäte
Manfred Barnowski, Beate Klümper, Heribert Kreß,
Stephan Pietsch und Roland Sauer



Die Ortsdurchfahrt – wie geht's weiter ?

Der Bauabschnitt 4, mit Brückenbau an der „Lauterburg“ und Straßenausbau auf einer Länge von 465 m bis zum Anwesen „Kraß“ ist nun zwar noch nicht abgeschlossen, aber für den Verkehr bereits freigegeben. Die Befürchtung, dass dies eine Winterbaustelle wird und der Verkehr über den gesamten Winter hinweg durch die Lauterhecke geführt werden muss, hat sich ja erfreulicherweise nicht bewahrheitet.

Die Baukosten für diesen Abschnitt belaufen sich auf rund 716.000 EURO, die sich nach Abzug des Staatszuschusses in Höhe von 480.000 EURO auf den Landkreis und die Gemeinde aufteilen. Der Gemeindeanteil für die Gehsteige beläuft sich auf rund 200.000 EURO. Davon wird ein Teil auf die Anlieger der Ausbaustrecke umgelegt.

Wie geht es dann weiter?

Der Bauabschnitt 5 hat eine Länge von 220 m bis zur Abzweigung Lauterhecke/Klinger und soll nach Planungen der Kreistiefbauverwaltung im Jahr 2005 durchgeführt werden. Geschätzte Baukosten rund 250.000 EURO.

„Unser Ziel muss es sein, den Abschnitt 5 für das kommende Jahr in die Finanzplanung aufzunehmen, damit wir dann ab 2006 das letzte Teilstück in Angriff nehmen können“, so das Landratsamt in einer Presseverlautbarung vom 11.11.2004.

Dieser danach folgende Bauabschnitt hat es allerdings in sich. Gas-, Wasser- und Abwasserleitungen, Energie- und Kommunikationsleitungen, Bacheinfassungen und Bachüberfahrten müssen berücksichtigt, verlegt und angepasst werden. Umleitungsmöglichkeiten gibt es nur sehr begrenzt und wenn, dann nur für Pkw über provisorische Umgehungen, zum Teil über notdürftig verstärkte Feldwege. Eine Totalsperre ist nicht zu umgehen, wenn man effizient und kostengünstig vorankommen will.

Obwohl es erstrebenswert wäre, den letzten Bauabschnitt in einem Zuge zu bewerkstelligen, gibt es aus Sicht des Planers erhebliche Bedenken hinsichtlich der Realisierbarkeit. Ein Angehen der restlichen Gesamtstrecke von zwei Seiten könnte die Baumaßnahme zwar verkürzen, allerdings hätte dies eine erhebliche Zusatzbelastung für die Anlieger zur Folge, da sie dann über mehrere Monate völlig abgeschnitten wären. Derzeit sind der Planer und das Kreistiefbauamt der Auffassung, dass eine weitere Aufteilung der Maßnahme bis zum Durchlass in Höhe des „Steinbachweges“ notwendig sei. Die dann endgültig letzte Strecke vom Abzweig Steinbachweg bis zum Ortsende könnte dann wieder halbseitig und ampelreguliert gebaut werden.

Rund 3000 Fahrzeuge pro Tag wurden im Jahr 2000 auf diesem Streckenabschnitt gezählt, 250 davon waren gewerbliche Fahrzeuge, wiederum die Hälfte davon Schwerlastverkehr. Gerade die Strecke ab der Einfahrt „Zur Lauterhecke“ bis zur Abzweigung „Steinbachweg“ befindet sich in einem desolaten Zustand. Deshalb wurde auch der Gewerbeverkehr über das übliche Maß hinaus als Belastung empfunden. Eine ausgebauter Straße mit der daraus resultierenden deutlichen Geräuschverminderung wird dies etwas erträglicher machen.

All das funktioniert wie oben dargestellt nur, wenn es gelingt, im Kreishaushalt die erforderlichen Mittel in den nächsten Jahren bereitzustellen.

Eine Hausaufgabe für die Kreisräte aus Sailauf.

Warum will die SPD Geld für die Alte Schule ?

Mögliche Baustellen gibt es in Sailauf viele. Freie finanzielle Mittel jedoch nur in stark eingeschränktem Maße. Kein Wunder also, dass im Gemeinderat die Frage nach der Priorität der Mittelverwendung diskutiert wird. **Die SPD-Gemeinderatsfraktion hält die Sanierung des Daches der „Alten Schule“ für die vordringlichste Aufgabe, während die CSU-Fraktion den Neubau des „Jugendzentrums“ favorisiert.**

Wie im Leben immer, gibt es für beide Auffassungen Gründe. Hier die Argumente der SPD-Fraktion:

Die 1906 errichtete „Volksschule“ ist ein dominierendes Gebäude an einer markanten Stelle in unserer Ortsmitte.

Generationen haben hier das kleine Einmaleins, Lesen und Schreiben gelernt. Seit einigen Jahren weist das Dach deutliche Schäden auf. Deshalb wurden in den letzten Jahren immer wieder einmal provisorische Reparaturen durchgeführt. Die Bilder zeigen jedoch, dass an einigen Stellen die Ziegel völlig fehlen und sich an anderen Stellen



die Lage der Ziegel verändert hat. **Zitat aus einer Bestandserfassung durch einen Architekten im Jahr 1998:** „Die Tonziegel zeigen im Kopfbereich deutliche Salzausblühungen. Die Vermörtelung der First- und Gratziegel ist stark verwittert. Offensichtlich wurde schon mehrfach provisorisch nachgebessert. Einzelne Gratziegel und Bieberschwanzziegel in der Fläche sind zerbrochen. Eine stärkere Schädigung zeigt die Dachlattung. Besonders im Bereich der unregelmäßig auftretenden größeren Sparrenabstände sind sie erheblich durchgebogen. An verschiedenen Stellen sind sie gebrochen und nur provisorisch repariert.

Dringend erforderliche Ausbesserungsarbeiten können wegen der Brüchigkeit der Eindeckung nur unter Vorbehalt von der Dachfläche aus vorgenommen werden. Die Schadstellen an den Firsten und Graten sind jedoch von innen nicht erreichbar.“ **Zitat aus dem Protokoll der Gemeinderatsitzung vom 23.09.2002:** „Trotz aller rückläufigen Schülerprognosen muss das marode Dach unbedingt ausgebessert werden. Nach den Ausführungen des Bauamtsleiter und einer beauftragten Dachdeckerfirma müssen verschiedene Tragwerkbalken ausgewechselt bzw. verstärkt sowie die gesamte Lattung und die Bieberschwanzziegel ausgetauscht werden.“

Argumente genug für eine hohe Priorität, meint die SPD Fraktion: „Wir wollen dieses prägende Bauwerk in unserer Ortsmitte möglichst bald sanieren. Jedes verlorene Jahr wird die Kosten für eine Sanierung erfahrungsgemäß nach oben treiben.“

Unsere Gemeindefinanzen.

Aktuelle Situation

Abgaben und Steuern

In der Gemeinderatssitzung vom 28.11.2004 wurden zwei Erhöhungen beschlossen: Die Hundesteuer wird von 25,56 EURO auf 30,- EURO erhöht. Außerdem werden die Hebesätze für Grundsteuer A und B von 290 v.H. auf 310 v.H. angehoben. In Anbetracht der finanziellen Situation der Gemeinde hatte die staatliche Rechnungsprüfungsstelle dies bereits in ihrem Prüfungsbericht zum Haushalt 2004 angeraten.

Was die Sailauer Bürger freuen wird: Alle anderen Steuern, Gebühren, Beiträge und Hebesätze werden unverändert in den Haushalt 2005 übernommen. Dies gilt auch für die Wasser- und Abwassergebühren, die aufgrund der Kostengestaltung und der umsichtigen Maßnahmen der Gemeinde in den vergangenen Jahren konstant bleiben.

Zwischenbericht zum Haushalt 2004

Die Haushaltslage im Allgemeinen bleibt, wie in allen öffentlichen Verwaltungen, so auch in Sailauf, äußerst angespannt.

Fehlende Gewerbesteuererinnahmen machten es erforderlich, dass ein Darlehen in Höhe von 600.000 EURO vom Gemeinderat abgesegnet wurde. Der aktuelle Stand des Haushaltsjahrs 2004 weist laut Kämmerer eine Lücke von ca. 140.000 EURO auf, eine Rücklagenentnahme sei deshalb nicht auszuschließen. Die Rücklage beträgt zurzeit noch ca. 500.000 EURO

Positiv wirkt sich die Rückzahlung der Straßenbaukosten durch die Kreisverwaltung in Höhe von 480.000 EURO auf die Gemeindefinanzen aus.

Ausblick auf den Haushalt 2005

Wo wenig ist, gibt es zwangsläufig nicht viel zu verteilen.

Dennoch stehen in den kommenden Jahren einige kostspielige Maßnahmen an, die eine große Herausforderung für die Gemeindefinanzen bedeuten. Bis zum Jahr 2006 soll die Ortsdurchfahrt abgeschlossen sein, die die Gemeinde gemeinsam mit dem Kreis finanziert.

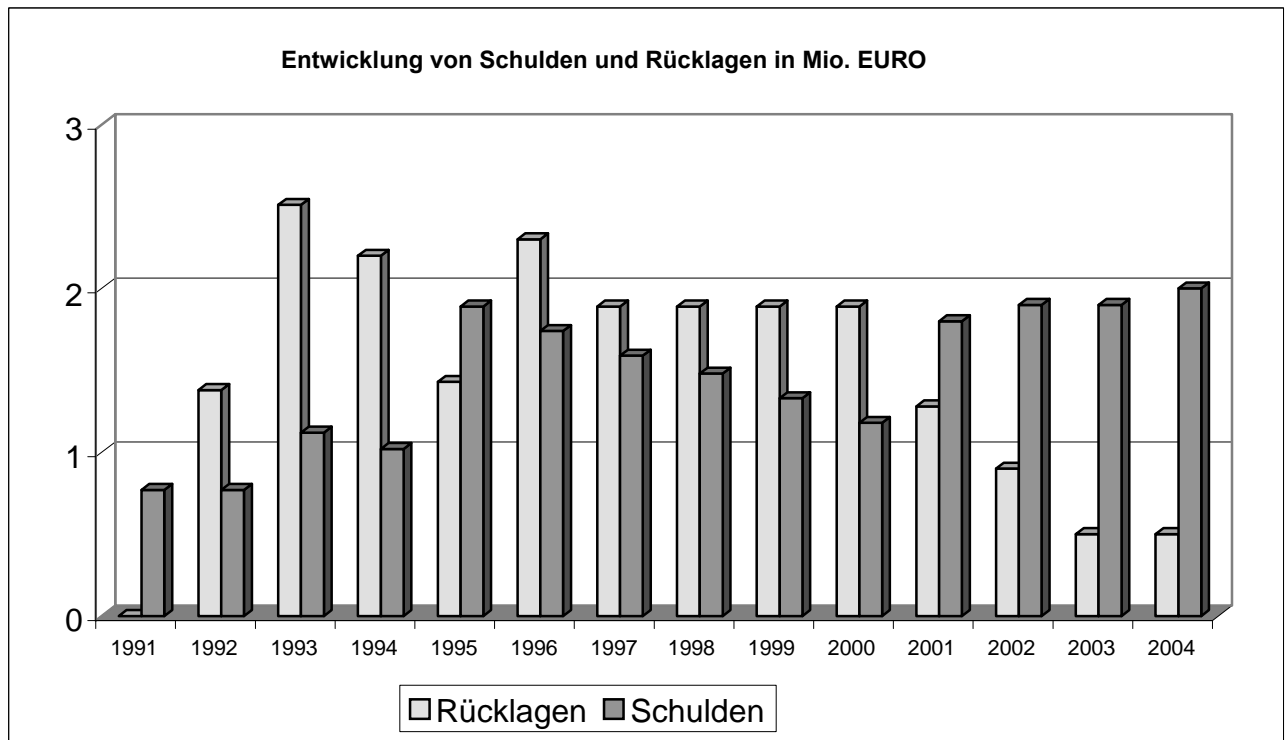
Das Jugend-/ Gemeindezentrum ist zwischenzeitlich in den Besitz der Gemeinde übergegangen und der Neubau soll in den nächsten Jahren in Angriff genommen werden, da die bestehenden Gebäude sich in einem sehr schlechten Zustand befinden. Um die Substanz der historisch bedeutsamen Dorfschule zu erhalten, wird über kurz oder lang ein neues Dach erforderlich sein.

Für das Projekt Dorferneuerung in Eichenberg fallen erste Planungskosten an.

Fazit:

Sparsamkeit ist weiterhin oberstes Ziel. Besonnenheit ist ratsam, besonders bei Ausgaben, die Folgewirkungen für zukünftige Haushalte mit sich bringen, damit wir der nachfolgenden Generation zwar ein liebenswertes Sailauf, aber keinen erdrückenden Schuldenberg und offene Rechnungen hinterlassen.

Unsere Gemeindefinanzen.



ÖPNV - intern – Sagen Sie uns Ihre Meinung

In einer Veranstaltung des „Bundes der Selbständigen“ (BDS) in Laufach in den letzten Monaten, wurde vom Laufacher Bürgermeister Valentin Weber die Idee der reduzierten Fahrtkosten beim Innerortsverkehr mit dem bestehenden Öffentlichen Personennahverkehr dargestellt. Dies gefiel den anwesenden BDS Mitgliedern, da einerseits damit die Mobilität innerorts erhöht und andererseits der Einkauf bei den ortsansässigen Geschäften erleichtert wird. Es gab Beifall von den Anwesenden.

Diese Idee ist für uns nichts Neues.

Genau den gleichen Vorschlag hatten wir bereits im Juli 2001 dem Gemeinderat unterbreitet. Da jedoch erhebliche Zweifel geäußert wurden, ob diese Möglichkeit auch genutzt würde, haben wir dies nicht weiter verfolgt.

Nun sind Sie an der Reihe: Sagen Sie uns Ihre Meinung.

Wenn Sie der Meinung sind, dass Sie oder Familienangehörige das Angebot, für 0,50 EURO je Fahrt innerhalb der Gesamtgemeinde mit dem öffentlichen Busverkehr nutzen würden, **rufen Sie bitte unsere Gemeinderäte an:**

Manfred Barnowski Tel. 06093 680
 Beate Klümper Tel. 06093 995657
 Roland Sauer Tel. 06093 932121

Heribert Kreß Tel. 06093 9623
 Stephan Pietsch Tel. 06093 7832

S p e r r m ü l l

Es gibt nicht wenige, die noch immer den „guten, alten Sperrmüllzeiten“ hinterher trauern. Dies völlig zu Unrecht. Denn was als **kostenlose** Sperrmüllabfuhr noch immer in einigen Köpfen herumspukt, war eine **kostenintensive** Angelegenheit für alle Kreisbürger.

Rund 2 Mio. DM, also 1 Mio. EURO wurden zum Beispiel im Jahr 1997 für die Sperrmüllentsorgung von den ca. 170 000 Kreisbürgern über die Grundgebühr bezahlt. Also rund **23 Euro** für einen Vier-Personen-Haushalt je Jahr.



Unabhängig davon, ob im Haushalt Sperrmüll angefallen ist oder nicht.

Für diesen Betrag können Sie im Jahr 2005 rund 100 Kilo Sperrmüll per Karte nach Bedarf zum Zeitpunkt Ihrer Wahl abholen lassen. **Das ist Service.**

Gibt es im Haushalt keinen Sperrmüll, dann haben Sie diesen Betrag für dieses Jahr gespart.

Wie funktioniert das, wenn mal Sperrmüll anfällt? Ganz einfach:

Trennen Sie aus dem aktuellen **Abfallwirtschaftskalender 2005**, der Ihnen in diesem Jahr erstmals ins Haus geliefert wird, die dafür vorgesehene Karte heraus und melden Sie damit ihren Bedarf an. Innerhalb von vier Wochen wird dann abgeholt. Der Termin dafür wird ca. eine Woche vorher durch das beauftragten Unternehmen vereinbart.

Was kostet das?

Ihr Sperrmüll wird, wie das in unserem erfolgreichen Verwiegesystem üblich ist, verwogen. Sie erhalten dafür einen Wiegebeleg.

Ab dem 1.1.2005 zahlen Sie 0,22 Euro je Kilogramm.

Die **Anfahrpauschale in Höhe von 10 EURO** sollte Sie nicht beeindrucken, sie wird verrechnet. Immer dann, wenn Sie mehr als 45 Kilogramm Sperrmüll haben, entfällt diese Mindestgebühr und Ihnen wird dann lediglich die Gebühr, die sich aus der Berechnung Gewicht des Sperrmülls in Kilogramm multipliziert mit 0,22 EURO ergibt, in Rechnung gestellt. Darüber erhalten Sie eine Gebührenrechnung aus dem Landratsamt.

Dann erst bezahlen Sie.

Einfach, kostengünstig, zweckmäßig und verursachergerecht.

Das im Landkreis Aschaffenburg, auch auf Betreiben der SPD Kreistagsfraktion eingeführte Verwiegesystem, mit dem zugrundeliegenden Verursacherprinzip, ist gerecht und ohne Zweifel erfolgreich.

Im Vergleich mit anderen Landkreisen und Städten in Bayern liegen wir mit einem Gesamtbetrag für die Müllentsorgung in Höhe von ca. 44 EURO je Einwohner und Jahr am unteren Ende der Vergleichstabelle. **Nicht schlecht, oder?**

Weitere Informationen zum Sperrmüll entnehmen Sie bitte dem bereits erwähnten **Abfallwirtschaftskalender**.

Bundespolitik

Die Bürgerversicherung: gerecht und solidarisch

Während die Union nach monatelangem Ringen das von der CDU favorisierte Modell der Kopfpauschale auf einen schlechten Kompromiss reduziert hat, legt die SPD mit der Bürgerversicherung ein gerechtes Gesundheitskonzept vor, welches am solidarischen Prinzip der Krankenversicherung festhält und auch weiterhin allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu hochwertigen medizinischen Leistungen garantiert.

Die Bürgerversicherung umfasst folgende Eckpunkte:

- Jeder zahlt nach seiner Leistungsfähigkeit. Hohe Einkommen = hohe Beiträge, niedrige Einkommen = niedrige Beiträge. Somit ist die soziale Gerechtigkeit der Krankenversicherung gewährleistet.
- **Alle** Bürgerinnen und Bürger (auch Selbständige und Beamte) sollen Mitglied in der Bürgerversicherung werden. Bisher privat Versicherte können ihren Vertrag behalten, Neu versicherte müssen Mitglied einer Bürgerversicherung werden, wobei natürlich jeder seine Versicherungsgesellschaft frei wählen kann.
- Als Einkommen zählen alle Einnahmen (z. Bsp. Lohn & Kapitalerträge), nicht jedoch Mieteinnahmen, und werden zur Beitragsberechnung heran gezogen.
- Sowohl die gesetzliche, als auch die private Versicherungswirtschaft können eine Bürgerversicherung anbieten, damit kann erstmals ein echter Wettbewerb zwischen gesetzlichen und privaten Krankenkassen stattfinden. Allerdings werden alle Anbieter gezwungen, jeden Bürger ohne Gesundheitsprüfung aufzunehmen.
- Alle Versicherten können unabhängig von ihrem Einkommen frei wählen, ob sie die Bürgerversicherung bei einer privaten oder gesetzlichen Krankenversicherung abschließen wollen.
- Familienangehörige können weiterhin kostenlos mitversichert werden.
- Versicherungsbeiträge aus Lohn und Gehalt werden wie bisher zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern geteilt. So ist sichergestellt, dass auch die Unternehmen ein Interesse an Wirtschaftlichkeit und Qualität im Gesundheitswesen haben.
- Niedrige, mittlere Einkommen und Familien werden entlastet.

Nur ein kleiner Teil der Versicherten, nämlich die Bezieher hoher Kapitaleinkommen, werden stärker belastet. Da alle einzahlen, wird das System solidarischer. Mehr Gerechtigkeit wird durch die Tatsache erreicht, dass sich die Beiträge nicht mehr nur nach dem Arbeitslohn richten.

„Es ist Teil unseres christlichen Menschenbildes, dass die Gesundheit jedes einzelnen Menschen, ob Sekretärin oder Chef, gleichviel wert ist.“ (Angela Merkel auf dem Bundesparteitag der CDU 2003 in Leipzig)

Nur die SPD handelt genau nach diesem Prinzip!

Termine - Veranstaltungen:

Dienstag, 28.12.04, 17:00 Uhr.

**Winterwanderung des SPD Ortsvereins
zum Lagerfeuer am gemeindlichen Festplatz
Treffpunkt: Ortsmitte vor dem Jugendzentrum**

Hinweis zur Abkürzung:

**Bereits ab 17:00 Uhr gibt es am Lagerfeuer
kalte und heiße Getränke
und auch ein kleiner Imbiß ist vorgesehen.**

Freitag, 15.04.05

Jahreshauptversammlung des SPD Ortsvereins

Sonntag, den 03.07.2005

**Sommerfest ab 10:00 Uhr: „Wir in der Mitte“
Im Ortszentrum
ab 16:00 Uhr mit der Band „Hotlanta“**

Hägar



Impressum

Herausgeber:

Redaktion:

Druck:

SPD Ortsverein (im Internet: www.spd-sailauf.de)

Roland Sauer (v.i.S.d.P.) Mühlhof 1, 63877 Sailauf

eMail: info@spd-sailauf.de

Thorsten Hapke, Bernd Albert, Beate Klümper
und das Rotspechtteam

SPD Landesverband Bayern, München